

Postische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Postische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben...

Wöchentlich 1,- Mark monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferungs wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch...

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernward, Verwalter: Gustav von Gumboldt, Carl Klisch, Berlin, Grawert...

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Nummern 91114/15, Am Dönhof 41/1 9099-1005 für den Fernverkehr Am Dönhof 3986-3988. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto Berlin 990.

Einigung über Ungarn?

Die Beschlüsse der „großen Fünf“

Rachrichtenblatt der „Postischen Zeitung“

16. März, 6. März

Die Besprechungen, die heute nachmittags von 5 Uhr bis gegen 6 1/2 Uhr bei Briand stattgefunden haben, sollen sich, wie behauptet wird, im wesentlichen um die Invektionenfrage der Reinen Entente gegen Ungarn gehandelt haben. In den Besprechungen Chamberlain, Stresemann, Caelejas und Nolcis mit dem französischen Außenminister Briand den Charakter eines Sondermittels der „Big Five“, wie man in Erinnerung an die Versailles Konferenz zu sagen pflegt, zu nehmen, legt man Wert auf die Betonung, daß die Fünf ihrerseits keine mit den anderen Staatmitgliedern über die Lage Rücksprache genommen hätten, noch ja allerdings auch reichlich Gelegenheit war.

Das Verfahren, das man für die Invektionenfrage anwenden will, Einigung eines Dreiermittels aus unterersteren Staatsmännern, hauptsächlich unter dem Vorhild des holländischen Außenministers Caelejas, dem vielleicht der finnische und ein südbaltischer Invektionenleiter beigegeben werden, entspricht allerdings in sehr der seit Jahren im Völkerbund üblichen Tradition, daß die Großen Fünf jederzeit anberaumt Stunden gebraucht haben, um es anschließend zu machen.

Die Beratung in der morgigen Geheim Sitzung wird sich dann also wohlgehen, doch nach dem Vizepräsident von Titulescu für die Hogenbe Partei und von General Anzanos für das angelegte Ungarn sowie vielleicht einer Delegation der Staatmitglieder das erwähnte Komitee eingesetzt wird. Dieses Komitee wird sich dann die Donnerstag oder Freitag mit den Dokumenten der Reinen Entente und der heute eingereichten angriffen. Damit will befähigen, um festzustellen, ob und welche der im Unternehmung es noch vorzulegen will.

Der von uns bereits gezeigte mittelste Eindruck heißt noch wie vor, daß nämlich aufeinander niemand recht steht und das militärische Invektionenverfahren aus diesem Anlaß zum ersten Male auszulassen. Es besteht aber immer noch die Wahrscheinlichkeit, daß gegebenenfalls eine Stöße Silvanierung unter dem Vorhild des Präsidenten der für Ungarn bestimmten Invektionenkommission, des englischen Generals Cline, oder auch eines Silvanierenden eingesetzt wird.

Außerdem hatten sich, wie oftmals mitgeteilt wird, die Besprechungen noch um die rumänisch-ungarische Öpanienfrage gehandelt, die morgen nachmittags um acht und gegen 10 Uhr in öffentlicher Abstimmung zur Verhandlung gelangt, nachdem sich Ungarn und Rumänien auch diesmal nicht in einem anständigen Ausgange haben einigen können. Schließlich hätte man in der Besprechung noch festhalten, daß Belaruss ein Anstand sich auch wieder mit der polnisch-litauischen Frage beschäftigt, so daß der Satz also ebenfalls in der Lage ist, seine ganze Dienste zur Verfügung zu stellen.

Moskaus Zucht vor deutsch-französischer Einigung

Rachrichtenblatt der „Postischen Zeitung“

16. März, 6. März

In allen maßgebenden Moskauer Kreisen ist man einig in der Abwehrlung gegen die Idee einer deutsch-französischen Verabingung bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem russischen Markt. In politischen Kreisen betont man immer wieder, daß Rußland in einem derzeitigen Zustand nicht nur ein Mittel zur Erlangung seiner wirtschaftlichen Beziehungen setzen könne, was ja sehr erwünscht wäre, sondern eben auch darin eine Gefahr sehen muß, daß eine solche Zusammenarbeit unter gewissen Umständen zu einer Verletzung nationaler Einigung und Verlagerung in den Wirtschaftsbereichen werden könne.

Um wirtschaftlichen Kreisen geht man besonders hervor, daß die Lage der russischen Handelsstelle bei einer Vertiefung der deutsch-französischen gemeinsamen Front sich naturgemäß verschlechtern und damit gleichgültig, daß dadurch natürlich das

falls sie von einer der beiden Regierungen für die Anknüpfung der Beziehungen benötigt werden, bis am 30. März beginnen sollen. Sie heute abend hat übrigens Bolschewas auf die in ihm gerichtete Anfrage noch nicht geantwortet.

Was man aus der geheimnisvollen Hotelbesprechung nicht erfaßt, sind die Verhandlungen über den Standpunkt der oder der Briand eingeladen Völkerdelegierten Chamberlain, Stresemann, Caelejas und Nolcis zu den Besprechungen des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, mit Frankreich gemeinsam einen Schritt zur allgemeinen Anknüpfung auszuführen. Unter dieser Art der Verhandlung, daß Chamberlain einweisen einer gemeinsamen Einigungnahme zur Kellogg-Note abgelehnt sein soll, worin ihm natürlich der italienische Delegierte unterliegt.

Diese Ablehnung begründet Chamberlain angeblich damit, daß außer Briand noch niemand vom Staatssekretär Kellogg offiziell zu einer Neuerung angeschlossen worden ist, und daß die bisherigen Staatmitglieder außer Briand also auch nicht in der Lage seien, gemeinsame Stellung zu dem Vorkonflikt zu nehmen.

In der morgigen geheimen Sitzung des Völkerbundes wird auch über das Gutachten des internationalen Gerichtshofes in der Frage des Abgesandten der Danziger Eisenbahner entschieden werden. Nach dem Gutachten des Danziger Gerichtshofes ist nicht daran zu zweifeln, daß der Rat sich der Ansicht des Gerichtshofes nicht annehmen wird, die den Standpunkt der Danziger Regierung bildet, und die Entscheidung des Danziger Völkerbundkommissars zum Vorteil als nicht zu Recht bestehend ablehnt.

Generel wird in der geheimen Abstimmung auch über den Chamberlainischen Antrag auf Herabsetzung der jährlichen Zahl der Abstimmungen beraten werden, doch steht bereit, daß eine Entscheidung darüber vor der September-Versammlung nicht getroffen werden wird.

Abbrüpfungsverhandlungen mit der Türkei?

Rachrichtenblatt der „Postischen Zeitung“

16. März, 6. März

Die für den 15. März angedienten Verhandlungen der Abbrüpfungskommissionen werden immer fortgeschritten, obwohl ich dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm des ersten Delegierten der Sowjetrepublik Litwinow aus Moskau zugeht, in dem er den Wunsch ausdrückt, daß die Türkei angeblich ihrer wichtigen Rolle in der Weltpolitik und auch im Hinblick auf ihre geographische Lage zu der nächsten Sitzung der Abbrüpfungskommission eingeladen werden sollte. Litwinow meint, daß die Abbrüpfungskommission durch die Teilnahme des Vertreters der türkischen Republik viel gewinnen könnte. Er schlägt den Generalsekretär um Mitteilung, welche Folgen seiner Anregung ausbleiben wird. Schließlich konnte der Generalsekretär nicht weiter tun, als diesen Antrag den gerade veranlassenen Mitgliedern des Völkerbundes zu übermitteln.

Befreien gefährt werden will, russische Handelsbeziehungen zum Wohlstand mit dritten Ländern zu entwickeln, so daß im Effekt der Ratelbildung sich wahrscheinlich eine rückläufige Bewegung des Handelsaustausches mit Deutschland ergeben würde. Dem Argument, daß eine derartige Abbrüpfung der Relationen der französischen Firmen gegenüber dem russischen Geschäftskreisenden schade — also ein Argument, um es der Menge besonders wertvoll — hält man entgegen, daß die Zurückhaltung der französischen Geschäftswelt im Grunde nicht durch die Frucht vor einem formellen Restriktion begründet sei, sondern lediglich durch die schonmalige Faltung der französischen Regierung, die kein Vertrauen auf ungeheürte Beziehungen und deren dauernde Erhaltung vorläufig aufkommen lasse.

Der Leiter der Handelsabteilungen der sowjetrussischen Gesandtschaft in Warschau, Warsau, mochte am Montag zusammen mit dem russischen Generalkonsul in Danzig Dr. Kalina dem Handelsminister Gensowitsch einen Besuch und sprach mit ihm die handelspolitische Lage zwischen Danzig und Sowjetrußland, sowie den bevorstehenden polnisch-russischen Handelsvertrag. Danach stellten beide Herren in Begleitung des Handelsleiters dem selbsterwählten Vizepräsidenten des Senats einen Besuch ab.

Geipel ante portas

Von Karl Sahm, Sachrichtenblatt der „Postischen Zeitung“

16. März, 6. März

Mussolini stellt fest, daß nicht Gambioli und nicht Geipel vor den Toren liegen. Wenn durch dieses Begleit dargelegt werden sollte, wie lächerlich das Unterfangen des kleinen Deherrers war, den Wind aufzustun, muß es wundernehme, daß der Duce es für nötig hielt, den seinen so zu befehlen. Dann aber erklärte er, daß es sich um die italienische Geipel handelt, und nicht um eine Angelegenheit der Schulen. Ein Widerspruch — also daß Geipel ante portas?

Legenburo in der Rede sagte Mussolini von Geipel. Ein Mann, der von vielen Gesichtspunkten aus prominent ist. War dies eine halbe Bezeichnung von dem Geipistepunkte aus, daß Dr. Geipel ein prominenter Priester der katholischen Kirche ist? Man könnte annehmen, daß Mussolini gewisse Zusammenhänge richtig verstanden hat. Der Vatikan vertritt sich mit dem Feindnis und dem Feindnis mit ihm. Die Heiler der katholischen Kirche wissen Schwierigkeiten des eigenen Staats zu respektieren. Dr. Geipel redet im öffentlichen Nationalrat als Bundesstanger. Seine Erklärungen über Gültigkeit der aufeinandergehenden Anträge des Abgeordneten Dr. Kolb an; beide sind Heiligste.

Am gleichen Tage, da Mussolini antwortete, gelangte nach Wien die Rundgebung des deutschen Reichs in Trient. In einer Konferenz der deutschen Deputierten der Diözesen in Trient erklärte die sämtlich dem Fürbischöf Gadiaci, daß die Erstellung des Religionsunterichts in italienischer Sprache von der gesamten deutschen Geistlichkeit abgelehnt werde. Die Dekane erließen den Fürbischöf um Intervention beim Vatikan, von dem ein Bischof für Gültigkeit erbeten wird, der deutsch sprechen und möglichst einem neutralen Staat angehören soll, damit er beim Volk Vertrauen gewinnt. Der Reichs Bischof von Trient befragte sich durch sein Verbot von der Erstellung des Religionsunterrichts in der Mutterprache abbringen zu lassen. — Man muß auf diese Stellung besonders verweisen. Bisher hörte man: Der deutschen Entente erteilt, wird eingepreist. Will der Reichs Reichsere fallen?

In seiner Rede im Nationalrat sagte Dr. Kolb: „An aller Welt wird der Wunsch, daß der Religionsunterricht in der Mutterprache erteilt werden soll, ausgehen. Die Kirche unterrichtet ihre Missionare, die sie zu den wilden Völkern aussendet, in der Mutterprache dieser Völker. Ich weiß mich der Auffimmung von Tausenden deutscher Priester und Millionen deutscher Katholiken sicher, wenn ich sage, daß wir nichts anderes erwarten, als daß in diesem Falle der Vatikan die große Mühe seiner Expedition nicht verliert, daß er auch über sein historisches Non possumus spricht, auch einer Konferenzwelt gegenüber. Wir erwarten, daß unsere Vertreter beim Vatikan in dieser Frage ihre Pflicht erfüllen.“ Dr. Geipel schloß sich dem an. Er und Dr. Kolb, beide katholische Geistliche, trafen als deutsche Geistliche. Aber sie hatten, als sie zu sprachen, gewißlich des Vatikan und seiner Schwierigkeiten nicht vergessen, so wenig als die Dekane der Diözesen Trient, als diese beim Fürbischöf Gadiaci ihre Pflicht wußten und befehligen. Bisher hätte man: Die Diözesen in der Kirche kennt, weiß, daß er wußte.

Katholische Blätter haben in jüngerer Zeit den Kardinal Rampf für die heilig angegriffen. Allerdings in einem anderen Zusammenhang. Der Vatikan ist ein schwieriger. In Trient kennt man sie gewiß noch besser als in Wien, wo man auch nicht uniformieren zu sein pflegt. Aber es gibt Grundzüge für die Kirche, für die sie einen Geipel seine Missionare, die sie zu den wilden Völkern aussendet, in der Mutterprache dieser Völker. Ich weiß mich der Auffimmung von Tausenden deutscher Priester und Millionen deutscher Katholiken sicher, wenn ich sage, daß wir nichts anderes erwarten, als daß in diesem Falle der Vatikan die große Mühe seiner Expedition nicht verliert, daß er auch über sein historisches Non possumus spricht, auch einer Konferenzwelt gegenüber. Wir erwarten, daß unsere Vertreter beim Vatikan in dieser Frage ihre Pflicht erfüllen.“ Dr. Geipel schloß sich dem an. Er und Dr. Kolb, beide katholische Geistliche, trafen als deutsche Geistliche. Aber sie hatten, als sie zu sprachen, gewißlich des Vatikan und seiner Schwierigkeiten nicht vergessen, so wenig als die Dekane der Diözesen Trient, als diese beim Fürbischöf Gadiaci ihre Pflicht wußten und befehligen. Bisher hätte man: Die Diözesen in der Kirche kennt, weiß, daß er wußte.